

## **Bericht der staatlichen Deputation für Inneres**

### **Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media Accounts an die Strafverfolgungsbehörden**

#### **I. Bericht der staatlichen Deputation für Inneres**

Die Bürgerschaft (Landtag) hat den genannten Antrag mit Beschluss zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres überwiesen. Die staatliche Deputation für Inneres hat den Antrag in seiner Sitzung am 14. Juni 2017 beraten. Die Deputation berichtet entsprechend wie folgt:

Der Senator für Inneres legt der staatlichen Deputation für Inneres folgenden Bericht zur Beratung und Weiterleitung an die Bürgerschaft (Landtag) vor.

Beschlussvorschlag des Antrags:

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, eine Gesetzesinitiative im Bundesrat einzubringen, die die Übersendung der Nutzerdaten von Social-Media-Accounts an die Strafverfolgungsbehörden ermöglicht oder eine entsprechende Gesetzesinitiative eines anderen Landes oder des Bundes zu unterstützen.

Landesbeauftragte für den Datenschutz:

Nach Untersuchung der aktuellen Rechtslage kommt sie zu dem Ergebnis, dass Social-Media-Plattformen bereits jetzt rechtlich verpflichtet sein können, bei ihnen gespeicherte personenbezogene Daten herauszugeben. Die Letztentscheidung über diese Frage liegt bei den Gerichten und nicht beim Diensteanbieter. Eine Regelungslücke ist daher nach Auffassung der Landesbeauftragten nicht ersichtlich.

Der Ausschuss für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit lehnt den Antrag mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE, gegen die Stimmen der Fraktion der CDU und bei Enthaltung der Fraktion der FDP ab.

#### **II. Beschlussempfehlung:**

1. Die staatliche Deputation für Inneres hat den Bericht zur Kenntnis genommen und schließt sich dem Votum des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit an.
2. Die staatliche Deputation für Inneres empfiehlt der Bürgerschaft (Landtag) mit den Stimmen der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und DIE LINKE bei Gegenstimmen der CDU und BIW und Enthaltung der FDP den Antrag abzulehnen.

Wilhelm Hinners  
(Vorsitzender)

Thomas Ehmke  
(Staatsrat)